

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Johannes Martin (CDU)

vom 30. März 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. März 2026)

zum Thema:

Entlastung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes – Digitalisierung mit Priorität?

und **Antwort** vom 15. April 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. April 2026)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Johannes Martin (CDU)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25715

vom 30. März 2026

über Entlastung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes – Digitalisierung mit Priorität?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Ist der Senat der Auffassung, dass die Anbindung der Berliner Gesundheitsämter an die Telematikinfrastruktur einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ÖGD leisten kann?

Zu 1.:

Ja.

2. Welchen Austausch gibt es zwischen Senatsverwaltung, Bezirken auf der einen Seite und Kommunen, in denen der ÖGD bereits an die Telematikinfrastruktur angeschlossen wurde, auf der anderen Seite?

Zu 2.:

Mit dem Programm zum Pakt für den ÖGD wurde mit dem Projekt „ÖGD Connect“ durch die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen (AGÖW) eine Koordinationsplattform für Digitalisierungsprojekte im ÖGD geschaffen. Diese fördert auch den fachlichen Austausch zur Anbindung an die Telematikinfrastruktur. Hierzu sind alle Kommunen und Bundesländer

eingeladen. Neben diesem Format finden auch gezielte fachliche Abstimmungen in der zur Umsetzung des Pakts für den ÖGD unter dem Dach der Gesundheitsministerkonferenz eingerichteten Unter-AG Digitalisierung statt, in der alle Länder vertreten sind. Mehrfach wurde die gematik (Nationale Agentur für Digitale Medizin) eingeladen, die den ÖGD bei der Einführung der Telematikinfrastruktur unterstützt.

3. Mit welchen Kommunen findet der Austausch statt?

Zu 3.:

Fachliche Abstimmungen wurden bisher mit Ansprechpartnerinnen und -partnern aus Dresden, dem Landkreis Augsburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein geführt.

4. Wie oft haben Vertreterinnen und Vertreter der Senatsverwaltung 2025 an der Informationsreihe ÖGD@TI teilgenommen und welche konkreten Erkenntnisse wurden hieraus gewonnen?

Zu 4.:

Der Senat wird vertreten durch den operativen Bereich im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo). Hier wurde die Geschäftsstelle IT-Gesundheit stetig gestärkt, um die Aufgaben eines Verfahrensreferats zum ÖGD wahrzunehmen. Die Informationsreihe startete am 13.05.2025 und findet jeden zweiten Dienstag im Monat statt. Aufbauend auf dem Pilotprojekt zum Tuberkulosezentrum in Lichtenberg hat das LAGeSo seit August 2025 regelmäßig an den Terminen teilgenommen und damit das Land Berlin vertreten.

Gewonnen wurden vor allem Informationen zum Betrieb und den lokalen Voraussetzungen. Der Senat strebt deshalb als gesamtstädtischen Ansatz eine zentrale TI-Gateway Lösung und deren Anschluss an das Berliner Landesnetz an. Diese moderne, cloudbasierte Lösung ersetzt physische Konnektoren und wird von der gematik empfohlen, da sie kostengünstiger ist, zentral gehostet werden kann und stabilere Verbindungen gewährleistet. Dies entlastet insbesondere die lokalen IT-Stellen der Bezirke, die für die Wartung der physischen Konnektoren (bspw. das Einspielen neuer Updates) nicht ausgestattet sind. Das Betriebsmodell TI-as-a-Service konnte vom ITDZ als zentralen IT-Dienstleister des Landes Berlin in 2025 jedoch noch nicht angeboten werden, derzeit werden deshalb alternative Betriebsmöglichkeiten geprüft.

5. Wie oft haben Vertreterinnen und Vertreter der Senatsverwaltung 2026 an der Informationsreihe ÖGD@TI teilgenommen und welche konkreten Erkenntnisse wurden hieraus gewonnen?

Zu 5.:

Berlin war in den bisherigen drei Terminen in 2026 durch das LAGeSo vertreten. In Ergänzung zur Frage 4 erfolgten in 2026 erneut fachliche Abstimmungen zur geplanten Vergabe zum Betrieb einer gesamtstädtischen Telematikinfrastuktur mit fachlichen Ansprechpersonen aus Hamburg.

6. Ist die in der Schriftlichen Anfrage Nr. 19/18807 aufgeführte Analyse der Fachprozesse und die Identifizierung der erforderlichen TI-Schnittstellen abgeschlossen?

Zu 6.:

Nein.

7. Welchen Stand haben die in der der Schriftlichen Anfrage 19/24162 aufgeführten notwendigen Folgeerhebungen?

Zu 7.:

Abgeschlossen wurde die Umsetzung der Infrastrukturabfragen zur Skalierung der Hardwareausstattung und Stärkung weiterer fachlicher Abstimmungen zur organisatorischen Umsetzung. Es handelt sich hierbei um einen laufenden Prozess, so dass mit neuen Erkenntnissen in der Regel neue Fragestellungen identifiziert werden und fachlich abzustimmen sind.

8. Welchen Stand haben die in der der Schriftlichen Anfrage 19/24162 aufgeführten notwendigen Ergänzungen und Fortschreibungen?

Zu 8.:

Diese sind ebenfalls in der Bearbeitung. Gemeint ist hier insbesondere die Vorbereitung eines zentralen, cloudbasierten Betriebs der Telematikinfrastuktur im Berliner ÖGD unter den Rahmenbedingungen der heterogenen Infrastruktur in den Bezirken, der fehlenden zentralen Betriebsumgebung beim ITDZ sowie der Abstimmung mit den Fachverfahrensherstellern.

9. Welchen Stand hat die Anbindung des TBZ an die TI?

Zu 9.:

Der Prozess befindet sich weiterhin in der Bearbeitung. Aktuell wird die technische Anbindung zu dem vom Tuberkulosezentrum verwendeten Fachverfahren OctoWare®TN vertraglich bearbeitet, dies ist deutlich komplexer, als ursprünglich angenommen.

10. Ist die in der Schriftlichen Anfrage Nr. 19/18807 aufgeführte Analyse der Geschäftsprozesse sowie die Sammlung der Anforderungen in anderen Bereichen der Gesundheitsämter mit Bezügen zur TI abgeschlossen?

Zu 10.:

Nein.

11. Wenn nein, warum nicht?

Zu 11.:

Es handelt sich hierbei um einen mehrstufigen Prozess. Nach der Erhebung der Geschäftsprozesse und IST-Anforderungen erfolgte aufbauend auf der Infrastrukturabfrage eine Skalierung der Hardwarebedarfe zur TI und Umsetzung der Beschaffung. Umgesetzt ist auch eine Schnittstellenanalyse zu den vorhandenen Fachverfahren und Aufnahme der organisatorischen Anforderungen (z.B. in Bezug auf die jeweiligen Standorte und Räumlichkeiten) in den durchzuführenden Vergabeverfahren zum ÖGD. Im nächsten Schritt wird mit den Gesundheitsämtern, den lokalen IT-Stellen, dem ITDZ Berlin und dem LAGeSo die Finalisierung der Ausschreibung zur betrieblichen Organisation abgestimmt.

12. Wie ist der Stand der in der Schriftlichen Anfrage 19/24162 aufgeführten Abstimmung zur Priorisierung und Vorgehensweise mit den Amtsleitungen, IT-Stellen und dem ITDZ?

Zu 12.:

Siehe Frage 11.

13. Welchen Zeitplan verfolgt der Senat, um alle in der Schriftlichen Anfrage 19/24162 aufgeführten vorgesehe-nen Stellen an die TI anzubinden?

Zu 13.:

Gemäß dem Haushaltsplan 2026_2027 ist bis Ende 2027 die Anbindung aller 12 Gesundheitsämter an die TI vorgesehen.

Berlin, den 15. April 2026

In Vertretung
Ellen Haußdörfer
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege